Jan Fleischhauer Der schwarze Kanal

Alles Weimar?



Man liest jetzt oft, wie verroht unser Land sei. Bei Pegida zeigen sie selbst gebastelte Galgen. In Berlin wurde ein Redakteur angeblich geschubst, weil er anderer Meinung war als die rechten Schubser. Jakob Augstein schrieb vergangene Woche, dass ihn die Lage an Weimar erinnere. Früher sagte man, es sei fünf vor zwölf, wenn man die Dramatik der Situation unterstreichen wollte, heute heißt es, wir wären nur noch einen Schritt von den Zwanzigerjahren entfernt. Jeder weiß, was dann kommt: Fackelmärsche durchs Brandenburger Tor, nationale Katastrophe, Verderben. Mir liegt nichts ferner, als die historische Übersicht eines Mitkolumnisten infrage zu stellen, aber der Vergleich scheint mir etwas weit hergeholt. Wenn man nach geschichtlichen Parallelen zu heute sucht, dann liegen die Siebzigerjahre doch viel näher.

Auch damals standen sich die Menschen unversöhnlich gegenüber. Ständig wurde demonstriert, weil Leute glaubten, das Land retten zu müssen, in dem Fall vor Faschismus und Atomtod. Es gab auf allen Seiten so viel Hass und Gewalt, dass sich die Regierung gezwungen sah, die Polizei mit immer weiteren Befugnissen auszustatten. Rasterfahndung, Radikalenerlass: alles Ergebnisse der Siebziger. Helmut Schmidt war auch deshalb so wahnsinnig populär, weil er den Deutschen das Gefühl gab, dass er der Einzige war, der sie vor der Anarchie bewahrte.

Journalisten hatten es ebenfalls nicht leicht. Auf den Demonstrationen in Brokdorf und später der Hamburger Hafenstraße war man gut beraten, sich nicht als Medienvertreter zu erkennen zu geben. Die „taz“ war gerade noch geduldet. Wer vom SPIEGEL kam oder von der „Frankfurter Allgemeinen“, galt als Vertreter der „bürgerlichen Schweinepresse“ und musste mit Prügel rechnen. Ich habe nie jemanden darüber klagen hören, dass die Pressefreiheit in Gefahr sei, weil Autonome einem Journalisten ein blaues Auge verpassten oder den Arm brachen.

Offenbar macht es einen Unterschied, ob die Gewalt von links oder von rechts ausgeht. Man kann das auch an anderer Stelle beobachten. Auf der TTIP-Demo neulich in Berlin hatte jemand eine Guillotine dabei, auf der der Name von Sigmar Gabriel stand, ohne dass dies in den Medien zu nennenswertem Erschrecken geführt hätte. Nachdem der Pegida-Galgen solche Wellen geschlagen hatte, schickte mir ein Leser ein Bild von einer Studentendemo aus dem Jahr 1997, auf dem man gleich drei Galgen sieht: an einem baumelt Helmut Kohl, an den anderen beiden die damaligen Minister Rüttgers und Waigel. Ich schreibe das nicht, weil ich meine, dass das eine das andere entschuldigt. Ich denke nur, man muss nicht bei jeder Entgleisung gleich das Ende der Demokratie beschwören.

Interessanterweise glauben auch die Leute ganz rechts, dass wir uns wieder auf dem Weg in die Weimarer Republik befinden und die Zukunft des deutschen Volkes auf Messers Schneide steht. Sie flehen den Ausnahmezustand geradezu herbei. Vielleicht täte es uns allen gut, einmal tief durchzuatmen. Nach den Siebzigern kamen die goldenen Kohl-Jahre, es muss nicht im Verderben enden.

An dieser Stelle schreiben Jan Fleischhauer und Jakob Augstein im Wechsel.

Brexit

„Bitte bleiben Sie“

David McAllister, 44 (CDU), Merkel-Vertrauter und deutscher Europaparlamentarier mit schottischen Wurzeln, über die Forderungen Großbritanniens zur Reform der EU

SPIEGEL: Herr McAllister, der britische Premierminister David Cameron hat am Dienstag Forderungen präsentiert, die erfüllt werden müssten, damit die Briten in der Europäischen Union bleiben. Sie kennen Cameron gut. Wie ist Ihre Einschätzung: Will er mit seinem Vorstoß den Abschied der Briten einleiten?
McAllister: David Cameron ist grundsätzlich dafür, dass sein Land in der EU bleibt. Er wird sich für einen proeuropäischen Ausgang des EU-Referendums starkmachen,



HENNING SCHACHT

Europa-Politiker McAllister

sofern die Reformverhandlungen aus seiner Sicht positiv verlaufen. Wir sollten uns hüten, Camerons Ideen als britischen Spleen abzutun. Manches, was er vorschlägt, ist auch im deutschen Interesse. Mehr Wettbewerbsfähigkeit, ein dynamischer Binnenmarkt, weniger Bürokratie – bei all dem stehen die Briten uns näher als manch anderes EU-Mitglied.
SPIEGEL: Nicht alle von Camerons Forderungen sind so einfach zu erfüllen. Künftig sollen EU-Ausländer etwa erst vier Jahre in Großbritannien leben, bevor sie soziale Leistungen erhalten …
McAllister: Diese Forderung wird in der Tat nicht einfach mit den EU-Regeln in Einklang zu bringen sein. Denn in der gesamten EU gilt die Personenfreizügigkeit und ebenso das Prinzip, dass EU-Bürger in einem anderen Mitgliedstaat nicht diskriminiert werden dürfen.
SPIEGEL: Die Debatte über den Verbleib Großbritanniens in der EU wird mehr von der Flüchtlingspolitik als von Camerons Forderungskatalog bestimmt. Treibt Kanzlerin Angela Merkel die Briten mit ihrer Politik der offenen Grenzen aus der EU?
McAllister: Nein. Die Kanzlerin möchte, dass die Briten in der EU bleiben. Rechtspopulistische Parteien wie Ukip nutzen doch jedes unsachliche Argument, um in Großbritannien gegen die EU Stimmung zu machen. In einigen Umfragen zeigt sich derzeit ein Patt zwischen Befürwortern und Gegnern des „Brexit“. Umso wichtiger ist es, dass wir uns klar von den Spielchen der Europagegner abgrenzen, indem wir sachlich erläutern, welche konkreten Vorzüge beispielsweise eine Familie in Manchester vom Verbleib in der EU hat. Unsere Botschaft sollte sein: Britain is stronger in Europe – and Europe is stronger with Britain! We would like you to stay! Bitte bleiben Sie!
SPIEGEL: Die Briten streiten für weniger Europa, dabei zeigen Euro- und Flüchtlingskrise, dass wir eher eine stärkere Integration brauchen. Führt David Cameron nicht die falsche Debatte?
McAllister: Wir werden akzeptieren müssen, dass die Briten den Euro nicht einführen werden und bei Schengen nicht mitmachen. Das ist ihr Recht. Auf der anderen Seite dürfen wir von London erwarten, dass der Wunsch anderer Mitgliedstaaten nicht blockiert wird, die europäische Zusammenarbeit weiter zu vertiefen, insbesondere in der Eurozone. mp